

KOMMENTARE

In der Grauzone

Dietrich Eickmeier
zur UN-Konvention gegen Korruption

Deutschland ist keine Bananenrepublik. Doch das Kopfschütteln – weltweit und nun auch bei den Top-Managern der deutschen Dax-Konzerne – über die andauernde Blockade der UN-Konvention gegen Korruption durch Union und FDP zeigt, dass das Verhältnis zur Korruption hierzulande zumindest zwiespältig ist. So wird Bestechung und Bestechlichkeit gerne geäußert – vor allem, wenn sie auf anderen Kontinenten oder in Griechenland oder Italien stattfindet.

Nun haben die führenden deutschen Konzerne, die – wie Siemens, Daimler oder MAN – in der Vergangenheit immer mal wieder mit Bestechungsskandalen im Ausland Negativschlagzeilen machten, offenbar einen Lernprozess vollzogen. Das ist eine erstaunliche Wende, die offensichtlich der Sorge um Aufträge für die Exportindustrie geschuldet ist.

Erinnert sei nur daran, dass noch vor wenigen Jahren deutsche Unternehmen im Ausland gezahlte Bestechungsgelder hierzulande von der Steuer absetzen konnten. Das wenigstens hat der Bundestag geän-

dert. Doch solange der Korruption verdächtige Manager für ihre Attacken gegen angeblich übereifrige deutsche Staatsanwälte und Richter Beifall ihrer Kollegen bekommen, wie gerade im Fall des früheren MAN-Vorstands Anton Weimann geschehen, kommt auch die deutsche Wirtschaft nicht aus dieser Grauzone heraus.

Natürlich schießen auch Ermittler zweilen übers Ziel hinaus, wie sich im Fall des Kanzleramtsministers Ronald Pofalla vor der jüngsten Bundestagswahl gezeigt hat. Mit der Furcht, mit einer Erweiterung der Strafbarkeit auf Zuwendungen im Vorfeld von Entscheidungen werde nur „das Jagdfieber von Staatsanwaltschaften befeuert“, hat eine Neureglung nichts zu tun. So hatte es einmal der CDU-Rechtspolitiker Jürgen Gehb formuliert. Eine Reform hat etwas damit zu tun, für sauberere Verhältnisse hierzulande zu sorgen und Deutschland aus der peinlichen politischen Nachbarschaft mit Syrien oder Somalia zu befreien.

Aber es scheint, als glaube die schwarzgelbe Koalitionsmehrheit noch immer ganz fest an das, was der Satiriker Kurt Tucholsky schon 1932 auf die Schippe nahm: „Ich höre immer Korruption. In Deutschland wird nicht bestochen. In Deutschland wird beeinflusst.“ berlin@weser-kurier.de

Bezeichnender Streit

Peter Mlodoch
zum Ausbau des Elbe-Seitenkanals

Seit Jahrzehnten nun loben Verkehrspolitiker aller Couleur die Binnenschifffahrt als tolle Alternative zur Entlastung der verstopften Straßen ebenso wie der von Abgasen gebeutelten Umwelt. Getan hat sich freilich kaum etwas. Der Etat des Bundesverkehrsministeriums reicht gerade aus, notwendige Reparaturen auszuführen. Für neue Strecken oder auch nur den Ausbau bestehender Wasserstraßen fehlt angeblich das Geld. Oder vielmehr der Wille, mehr Geld dafür einzusetzen.

Der Streit zwischen dem Bund und Niedersachsen um den Elbe-Seitenkanal ist bezeichnend. Alle Akteure im Land – von den Binnenschiffern bis hin zu Naturschutzorganisationen – fordern schon seit Langem den Neubau einer Schleuse bei Lüneburg, um das Nadelöhr des in die

Jahre gekommenen Schiffshebewerks endlich zu beseitigen. Doch Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer sagt mit Verweis auf die klamme Haushaltslage kategorisch Nein.

Doch das ist von dem CSU-Politiker aus dem Süden der Republik viel zu kurz gedacht. Die gesellschaflich voll akzeptierte Verbindung zwischen Hamburger Hafen und dem Mittellandkanal könnte einen wichtigen Part beim Transport der Güter von der Nordsee ins mitteleuropäische Hinterland spielen. Die Kapazitäten des Elbe-Seitenkanals sind längst nicht ausgereizt, große Konzerne wie VW oder Salzgitter profitieren von einer umweltfreundlichen Schiffsautobahn.

Beim Wolfsburger Autobau gibt es denn auch ernsthafte Überlegungen, Wasserwege künftig stärker einzubeziehen. Dazu allerdings müsste die Politik im Bund mitspielen und vielleicht auch mal bestimmte Finanzmittel von den Asphaltstraßen in die Wasserstraßen umleiten.

norddeutschland@weser-kurier.de

Zum Appell

Annemarie Struß-von Poellnitz
zum Energiegipfel bei Minister Rösler

Die Lage der Offshore-Branche wird von Tag zu Tag schwieriger. Noch haben die meisten Betriebe gut zu tun, aber die Anschlussaufträge fehlen. Einige Hersteller wie der Offshore-Pionier Bard stehen bereits vor dem Aus. Die Probleme sind bekannt, aber in Berlin wird appelliert, bekannt und versichert – nur entschieden wird nicht. Ist das Unvermögen oder hat das Methode? Soll hier doch noch eine Hintertür offengehalten werden für die großen Energiekonzerne, die zwar ein bisschen am Ökostrom verdienen, ihr angestammtes Geschäft mit Atom- und Kohlestrom aber nicht so recht lassen wollen?

Als Norbert Röttgen (CDU) noch Umweltminister war, haben sein Ministerium und das Wirtschaftsministerium von Philipp Rösler (FDP) sich leidenschaftlich gegenseitig blockiert. Als Peter Altmaier das Umweltministerium übernahm, schien endlich Bewegung in das traurige Spiel zu kommen. Beide Minister einigten sich auf

Eckpunkte über ein Gesetz zur Haftung für Ausfälle bei der Stromlieferung. Und dann geschah – nichts. Der Brief, den Bürgermeister Böhrnsen im Auftrag der norddeutschen Länder schrieb, hat immerhin zu einem erneuten Treffen geführt, zu einem Ergebnis aber bisher nicht. Der sonst so verbindliche Böhrnsen ist zu Recht sauer und mahnt zur Eile. Die mittelständische Offshore-Industrie kann nicht mehr lange warten, bis die Anschlussaufträge für Windparks freigegeben werden.

Natürlich ist es ärgerlich, dass der niederländische Netzbetreiber Tennet das Stromnetz von Eon kauft, einschließlich der Verpflichtung, alle deutschen Nordsee-Windparks anzuschließen, und anschließend erklärt, man habe nicht das Geld dafür. Aber jetzt ist nicht der Zeitpunkt für Grundsatzdebatten über die Rolle des Staates. Man hätte vorher erkennen müssen, wie riskant es ist, nur einem Betreiber den gesamten Netzanschluss zu übertragen. Das Erpressungspotenzial ist groß, auch Rösler hat nicht ausgeschlossen, dass der Bund letztlich zahlen wird. Die Rechnung bekommen die Steuerzahler.

annemarie.struss@weser-kurier.de

Bund unterstützt
Pflegerausbildung

Berlin (wk). Die Bundesregierung will dem zunehmenden Mangel an Pflegekräften nicht länger tatenlos zusehen. Vorgesehen ist eine stärkere Förderung der Pflegeausbildung: Vom nächsten Jahr an werde die Bundesagentur für Arbeit die Umschulung von Arbeitslosen zu Alten- und Krankenpflegern maximal drei Jahre lang finanzieren, sagte ein Sprecher des Bundesarbeitsministeriums gestern und bestätigte damit einen Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Bislang darf die Arbeitsagentur die Kosten der Umschulung nur für zwei Jahre erstatten. Für das letzte Jahr müssten die Bundesländer aufkommen. Die meisten zögern laut Bericht jedoch mit verbindlichen Zusagen. Deshalb springe nun der Bund ein. Die Länder müssten aber dafür sorgen, dass die benötigten Schulungsplätze „in ausreichendem Maße“ zur Verfügung stehen. „Die Ausbildungs- und Qualifizierungsöffensive Altenpflege steht kurz vor dem Abschluss“, sagte der Sprecher. Wie teuer das bis 2015 befristete Förderprogramm wird, steht nicht fest.

Rentenbeitrag soll
auf 19 Prozent sinken

Berlin (wk). Der Rentenbeitrag soll im nächsten Jahr von 19,6 auf 19 Prozent des Bruttolohns sinken. Das geht aus dem Gesetzentwurf zur Rente hervor, den Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) am Dienstagabend in die sogenannte Ressortabstimmung gegeben hat. Das bedeutet eine Entlastung von je 2,7 Milliarden Euro für Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Zusammen mit der Beitragssenkung will von der Leyen auch die Zuschussrente durchbringen, die Arbeitgeber und Gewerkschaften bisher ablehnen. Das Kabinett soll das Rentenpaket am 29. August billigen. Es sieht auch eine Anhebung der Erwerbsminderungsrenten vor, mehr Reha-Leistungen und Verbesserungen für Rentner, die hinzuverdienen. Die geplante Versicherungspflicht für Selbstständige soll in einem eigenen Gesetz geregelt werden. Ein niedrigerer Beitragssatz war wegen Überschüssen in den Rentenkassen erwartet worden, die genaue Höhe war aber noch unklar.

Kohlegegner legen sich quer



Kohlegegner blockierten gestern eine Transportbahn des Kohletagebaus Hambach. Spezialkräfte und Polizei räumten die Gleise.

FOTO: DPA

Kerpen (wk). Drei Umweltaktivisten haben sich gestern im nordrhein-westfälischen Kerpen an Gleise der Kohle-Transportbahn im Braunkohletagebau Hambach ge-

kettet. Sie mussten von einer technischen Einsatzinheit von den Gleisen entfernt werden. Der Protest richtet sich gegen den weiteren Abbau von Braunkohle. Im

kommenden Jahr sollen die Tagebaufäche erweitert, zwei Ortschaften umgesiedelt und ein Teil der A4 zwischen Düren und Kerpen verlegt werden.

„Führungsfrage ist ungeklärt“

Politikwissenschaftler: Europa wird gestärkt aus der Euro-Krise hervorgehen

Stürzt die Schulden- und Euro-Krise Europa in den Abgrund, oder kann der Kontinent die schwerwiegenden Probleme lösen? Der Politikwissenschaftler Werner Weidenfeld sieht die Lage eher gelassen. Für ihn durchlebt Europa erneut eine Krise, aus der es gestärkt hervorgehen wird, sagt er im Interview mit Ralf Müller.

Derzeit herrscht in Europa angeblich die ganz große Krise. Der Euro spalte den Kontinent, es drohe der Rückfall ins 19. Jahrhundert. Ist das so dramatisch?

Werner Weidenfeld: Wenn diese Hiobsbotschaften und Untergangsprognosen Realität wären, dann wären wir schon längst untergegangen, und es würde auch dieses Interview nicht mehr geben. Es wird eine gewisse Katastrophendramatik inszeniert, in Wirklichkeit handelt es sich um eine große politische Herausforderung, die Europa schon etliche Male gemeistert hat.

Ist es nicht eine neue Dimension der europäischen Krise?

Mitte der 50er-Jahre scheiterte ein ganz großer Aufbruch, der weitergeführt hätte, als wir heute im Status quo sind. Man hätte sogar schon eine gemeinsame Verfassung verabschiedet. Unter dem Eindruck des Scheiterns hat man einen neuen Aufbruch gewagt, der zu den Römischen Verträgen führte. Vergleichbare Krisenstimmungen gab es Ende der 70er-, Anfang der 80er-Jahre. Damals hieß es, Europa habe keine Zukunft mehr. Dann gab es einen großen Aufbruch, der zur Vollendung des Binnenmarktes und der Wirtschafts- und Währungsunion führte. Jetzt kommt es darauf an, gedankliche und strategische Klarheit zu haben. Dann ist das in der Geschichte Europas fast ein Routinevorgang.

Trotzdem: Ist es nicht etwas anderes, wenn es heute um Milliarden und Billionen geht und alle sich irgendwie über den Tisch gezogen fühlen?

Von Anfang an ist völlig klar: Eine Währungsunion kann nur mit einem starken politischen Gestaltungsrahmen funktionieren. Es geht also um einen politischen Vorgang und nicht nur um Bewegungen anony-

mer Märkte. Der Primat des Politischen war von Anfang an gegeben. Es ist abwegig, eine Währung ohne politischen Gestaltungsrahmen zu denken. Den haben die Währungen der USA, Chinas, Japans und anderer, nur der Euro kommt ohne diesen Rahmen aus. Das trägt in Schönwetterzeiten, die jetzt vorbei sind. Jetzt muss nachgetragen werden, was wir in Maastricht vor 20 Jahren schon wussten.

Man wirft der politischen Klasse vor, dass sie sich von der Finanzwelt überrollen lässt und nicht die Kraft hat, diesen politischen Rahmen zu setzen.

Aber das ist ja das große Thema, und da wird die politische Klasse nicht drumherum kommen. Es hat einen politischen Lernprozess gegeben. Der Fiskalpakt, der jetzt ratifiziert wird, ist nicht das Ende der Geschichte. Der nächste große Schritt ist die Komplettierung zu einer politischen Union mit einer Europäisierung der Haushaltspolitik und gemeinsamer Haushalts- und Steuerpolitik. Jetzt werden erstmals die Sozialsysteme angesprochen, die bisher der einzige Bereich sind, bei dem Europa keine Kompetenz hat. Es hat ein gigantischer Machttransfer stattgefunden, aber man hat die Sozialsysteme immer herausgelassen.

Sie sprechen von einem „gigantischen Machttransfer“. Das ist es ja, wovor die Menschen Angst haben: eine übermächtige, anonyme, demokratisch nicht legitimierte Euro-Bürokratie.

Damit sind die Großthemen der nächsten Jahre beschrieben wie die Legitimation. Natürlich fragen die Menschen: Sind die denn dazu überhaupt legitimiert? Wer entscheidet über die 700 Milliarden Euro des ESM? Das zweite Großthema ist die Transparenzfrage. Diese Vorgänge, die ein unglaubliches Machtglomerat ordnen sollen, sind intransparent. Das dritte Thema, das uns begleiten wird, ist die Führungsfrage, die in diesem Machtkoloss ungeklärt ist. Wir haben in Europa als Führungsämter den Präsidenten des Europäischen Rates, den Präsidenten des Ministerrates, den Präsidenten der Kommission, den Hohen Re-

präsentanten für Außen- und Sicherheitspolitik, den Vorsitzenden des Euro-Rates. Wer hat das Sagen? Das weiß niemand.

Würde ein Austritt oder Rausschmiss Griechenlands aus dem Euro Europa zerstören, wie es etwa die Griechen behaupten? Griechenland hat weniger Einwohner als Bayern und eine Wirtschaftskapazität des Landes Hessen. Der Austritt wäre nicht wirklich dramatisch, wenn Europa nicht so eng und dicht verflochten wäre. Warum befürchtet die Deutsche Bank, dass sie ins Schlittern kommt, wenn Griechenland zusammenbricht? Als Griechenland in Probleme geriet, wäre es fatal für die Union gewesen, wenn man das Land aus der Euro-Zone genommen hätte. Das hätte alle anderen in eine Art Panik versetzt. Diese Panik hat man vermieden, indem man sich über Jahre um Griechenland bemüht hat.

Wäre es nicht ein politisch und psychologisch sehr negatives Signal, wenn zum ersten Mal ein Schritt zur Desintegration unternommen würde?

Das ist natürlich eine Herausforderung. Die europäischen Führungsfiguren kommen unter größeren Erklärungsdruck. Bisher konnten sie unterstellen, es ginge alles immer so weiter. Die alten großen Begründungen der Nachkriegszeit tragen auch nicht mehr. Wenn die Altvordere der Politik alte Begründungen wiederholen wie etwa, dass es eine Frage von Krieg und Frieden sei, hat dies bei den Menschen nicht mehr die entsprechende Wirkung. Man braucht einen neuen Begründungskontext. Dann kann man auch bei Umfragen sehen, dass dies nicht chancenlos ist.



Zur Person
Werner Weidenfeld ist Professor für Politikwissenschaft und Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung (CAP) München. Er wurde zum einflussreichsten Politikberater Deutschlands gekürt.

Krisengipfel zur Organspende

Grüne und Linke fordern mehr staatliche Kontrollen

Berlin (wk). Vor einem Sondertreffen zur umstrittenen Vergabe von Spenderorganen werden Forderungen nach grundsätzlichen Reformen lauter. Die Ärzte wollen die immer zahlreicheren Schnellverfahren bei der Organzuteilung auf den Prüfstand stellen, weil sie anfällig für Missbrauch seien. Die Grünen, die Linke und Gesundheitsexperten halten das für unzureichend. Sie fordern weit mehr staatliche Kontrollen.

In einer Sondersonstung heute in Berlin wollen die Prüf- und Überwachungskommissionen von Ärzten, Kliniken und Krankenkassen mit Experten die Lage analysieren und bessere Kontrollen beraten, wie ein Sprecher der Bundesärztekammer gestern in Berlin mitteilte. Nach dem Organspendeskandal in Göttingen und Regensburg hatte die starke Zunahme bei Spenderorganen zusätzlich Zweifel genährt, dass es bei der Zuteilung

der lebensrettenden Organe immer gerechtfertigt zugeht.

Arztpräsident Frank Ulrich Montgomery kündigte das Sondertreffen sowie eine gesonderte Einladung an Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) an. „Da beraten wir, ob wir bei der schnellen Organzuteilung neue Regeln brauchen.“

Die Grünen forderten umfassende Reformen. „Dass durch das beschleunigte Verfahren die gesamte Struktur ausgehebelt wird, ist nicht hinzunehmen“, sagte Grünen-Expertin Elisabeth Scharfenberg. „Da fehlt jede Verlässlichkeit.“ In Einzelfällen könne eine Schnellvergabe sinnvoll sein, um mit einem problematischen Organ doch noch einen Menschen retten zu können. „Wenn das die Tür ist, eigenmächtig zu handeln, kann das aber nicht hingenommen werden.“ Nötig sei mehr staatliche Aufsicht, forderte die Abgeordnete.

Demokratiebekenntnis
für Sportler vom Tisch

Berlin (wk). Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) hat entschieden, Pläne zur Einführung eines Demokratiebekenntnisses für Spitzensportler nicht weiter zu verfolgen. Solche Überlegungen werden zu den Akten gelegt, sagte ein Sprecher gestern. „Es soll keine Gesinnungsschnüffelei im Umfeld von Sportlern geben.“ Die Pläne hatten vor dem Hintergrund des Falls der Olympia-Ruderin Nadja Drygalla für Debatten gesorgt. Das Ministerium verwies darauf, dass in der Satzung des Deutschen Olympischen Sportbundes ein Bekenntnis gegen Rassismus, Verfassungs- und Fremdenfeindlichkeit enthalten sei.

REDAKTION POLITIK

Telefon 0421/36 71 3300

Fax 0421/36 71 1005

Mail: politik@weser-kurier.de